

mittendrin

Ausgabe 12/2010
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Berlin braucht eine **starke LINKE!**



Gute Laune beim Landesparteitag der Berliner LINKEN am 27. und 28. November: Gregor Gysi und Klaus Lederer

Wenn es ein Copyright auf Wahlkampflogans gäbe, könnten wir die politische Konkurrenz jetzt zur Kasse bitten. »Eine Stadt für Alle« fordern die Grünen, was sich stark an unserem Slogan »Berlin für alle« von 1999 anlehnt. »Berlin miteinander« will die SPD, das erinnert an unser »Miteinander für Berlin« aus dem Jahr 2001. Auch inhaltlich deckt sich vieles, was die Alphantiere Wowerit und Künast derzeit im Munde führen, mit unseren Forderungen: eine soziale Stadt, gute Bildung, leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen, gute Arbeit.

Da scheint es notwendig, noch einmal in Erinnerung zu rufen, wer in Berlin diese Entwicklung vorangetrieben hat.

Beispiel Arbeit und Wirtschaft: Berlin musste nach der Wiedervereinigung einen harten Strukturwandel durchleben. Viele sahen die Zukunft in der Dienstleistungsmetropole. Es war die PDS, die sich nicht darauf beschränkte, sondern den Industriedialog ankurbelte und auf die Förderung von Zukunftsbranchen setzte. Inzwischen sind 114.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden und die Berliner Wirtschaft wächst überdurchschnittlich. Zugleich haben wir mit der öffentlich geförderten Beschäftigung eine Alternative zu den Ein-Euro-Jobs entwickelt. Es war DIE LINKE, die mit einem Mindestlohn-Vergabegesetz und anderen Maßnahmen für gute Arbeit eingetreten ist. Schließlich war es unser Druck, der Berlin wieder Anschluss an

das bundesweite Tarifniveau des öffentlichen Dienstes hat finden lassen.

Beispiel Bildung: Mit unserem Gemeinschaftsschulprojekt kam Bewegung in die Debatte um die Überwindung des Schulsystems aus Kaisers Zeiten. Jetzt kann Berlin auf die tiefgreifendste Bildungsreform seit Jahrzehnten zurückblicken. Kein Kind wird mehr nach der Grundschule aussortiert und jedes kann das Abitur erwerben. Der Besuch der Kita ist ab dem 1. Januar kostenfrei und die Kita-Ausstattung wurde auch verbessert. Auf Studiengebühren verzichten wir weiterhin in Berlin.

Beispiel öffentliche Daseinsvorsorge: Während in den 1990er Jahren alles privatisiert wurde, was nicht niet- und nagelfest war, hat sich – nicht zuletzt durch unseren beharrlichen Druck – inzwischen das Klima in der Stadt verändert. Wir diskutieren über öffentliche Unternehmen, gut geführt im Interesse der Berlinerinnen und Berliner. Ob S-Bahn, Berliner Wasserbetriebe oder Netzzurückkauf im Energiesektor, Grüne und SPD haben unsere Ziele aufgenommen, konkret wird's aber nur mit uns. So wollen wir nicht nur die Wohnungsbaugesellschaften stärker in die Pflicht für eine soziale Mietpolitik nehmen. Auch die Nutzung regenerativer Energien für die Bildung eines neuen Stadtwerkes zur Neuorientierung von Berlins Klimapolitik ist eine Idee der LINKEN.

Berlin hat sich unter Rot-Rot gewandelt. Mit konservativer Stimmungsmache ist nur noch wenig zu gewinnen. Weder für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof noch für einen verpflichtenden Religionsunterricht fanden sich Mehrheiten. Auch weil DIE LINKE erfolgreich dagegen auf den Straßen stand. Gestärkt haben wir die Projekte gegen Rechts-Extremismus.

Auf diesen Grundlagen werden wir weiter arbeiten und mit neuen Ideen auch in den nächsten Jahren Druck machen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer die Stadt!

Klaus Lederer

Vorsitzender der Berliner LINKEN

Wünsche zum Jahreswechsel

Allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten, allen Leserinnen und Lesern der »mittendrin« wünschen wir ruhige und erholsame Weihnachtsfeiertage, einen guten, unfallfreien Rutsch ins neue Jahr und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2011! *Bezirksvorstand, BVV-Fraktion und Redaktion der »mittendrin«*

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Welche Auswirkung hat der Beschluss der Bundesregierung zur Kürzung der Städtebaufördermittel für den Bezirk Mitte? Die Debatte zu dieser Dringlichkeitsanfrage nahm fast die gesamte Zeit, die für Anfragen in der Sitzung der BVV vorgesehen ist, in Anspruch. (20 weitere Anfragen blieben unbeantwortet)

Berlin wird, wenn die Kürzungen im Bundestag beschlossen werden, statt bisher 5 Millionen Euro Bundesmittel für die »Soziale Stadt« nur noch 1,4 Millionen erhalten. Der Bezirk Mitte mit 8 Förderkiezen (Soldiner Str., Reinickendorfer/Pankstr., Sparrplatz, Moabit West, Moabit Ost, Magdeburger Platz, Brunnenstr., Ackerstr.) wäre stark betroffen. Jeder Euro geht in Projekte, die Bildung, Integration, Gesundheitsförderung, Beteiligung und Ermutigung im Kiez fördern und damit den sozialen Zusammenhalt stärken. Bleibt das Geld aus, sind viele dieser Projekte im nächsten Jahr nicht mehr realisierbar. Was CDU und FDP-Vertreter zur Verteidigung dieser Kürzungen von sich gaben, sollten sich Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur der sozial benachteiligten Kieze genau ansehen. Die Kürzung sei richtig – so ihre Argumentation – denn die Fördermittel in Millionenhöhe wür-

Blick aus dem Amt:

Wenn eine(r) eine Reise tut...



Foto: Archiv

Ende Oktober feierte unsere israelische Partnerstadt Holon ihren 70. Gründungstag. Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, BVV-Verordnete Dr. Elke Reuter und der Europabeauftragte des Bezirks, Herr Stephan Winkelhöfer, folgten der freundlichen Einladung zu den Feierlichkeiten. Als Stadträtin für Jugend, Schule und Sport war auch ich dabei. Wesentlicher Bestandteil der Städtepartnerschaft ist ein lebhafter Austausch zwischen dem John-Lennon-Gymnasium und einer Schule in Holon, den alle Seiten sehr schätzen und fortsetzen möchten. Und es gibt Interesse, neue Felder der Kooperation zu erschließen. So z.B. im Bereich der Kultur und mit speziellen Angeboten für Mädchen und junge Frauen.

Dass Reisen bildet, ist eine Binsenweisheit. Wenn Schüler/innen über die Lehrbücher hinaus mit den Realitäten des Nahostkonfliktes vor Ort konfrontiert werden, so gewinnen alle Seiten von dieser Erfahrung. Auch die Ergebnisse des regelmäßigen Schüleraustauschs zwischen dem Lessing-Gymnasium und seiner Partnerschule in Moskau belegen den Zuwachs an interkulturellen Kompetenzen und



**Bericht aus der BVV
Von Elke Reuter**

FDP und CDU für Kürzung der Quartiersförderung

den ohne sichtbaren Erfolg versickern. Man müsse endlich die Selbstbedienungsmentalität bei den Akteuren in den Kiezen beenden. Die Methode ist bekannt. Stehen Kürzungen von Sozialleistungen ins Haus, werden unvermeidlich die »Sozialschmarotzer« ausfindig und verantwortlich gemacht. In diesem Fall wird mit Fingern auf die Vereine, Projektträger und aktiven Bürger gezeigt, die sich seit Jahren in diesen Kiezen engagieren. Und

was bieten CDU- und FDP-Fraktion den Mädchen und Jungen, den Jugendlichen, deren Spielplatzbetreuung, Schularbeitenhilfe, Jugend- oder Mädchentreffpunkte geschlossen werden, als den besseren Ersatz? Der FDP-Fraktionschef verwies auf die »segensreiche« schwarz-gelbe Bundespolitik mit stärkerer finanzieller Förderung der Wirtschaft und den Bildungsgutschein von 10,-Euro für Kinder aus Familien im ALG II-Bezug! Was für ein Hohn! Die Krone setzte dem noch der Antrag der CDU auf, die entstehenden Kürzungen in der Städtebauförderung in den Bezirken solle doch durch das Land Berlin ausgeglichen werden. Der Antrag fand in der BVV keine Mehrheit. Dagegen wurde eine von SPD, Grüne und LINKE eingebrachte Entschließung (1813/III) verabschiedet, die gegen die Kürzungen der Städtebaufördermittel protestiert und deutlich vor den Folgen für die Bewohner der betroffenen Stadtteile warnt.

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Welche Planungen gibt es** für die Markthalle Berlin Carré? Wann soll die Markthalle den Bürgerinnen und Bürgern wieder zur Verfügung stehen? (DIE LINKE) 1886 /III

■ **Konnte das Bezirksamt** für das Projekt MÄDEA bereits einen neuen Standort bereitstellen bzw. welchen Stand hat die Suche nach einer Lösung? Welches Übergangsszenarium plant das Bezirksamt?

(DIE LINKE) 1843 /III

Beschlossen u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird gebeten**, die im Projekt »Mobilität für alle« durch agens e.V. erhobenen Daten zu Barrieren im öffentlichen Straßenraum bei geplanten Tiefbauarbeiten einzubeziehen. In enger Zusammenarbeit zwischen dem Projektträger, den zuständigen Fachabteilungen des Bezirksamtes und dem Behindertenbeirat sind Prioritätenlisten für die einzelnen Quartiere zur Behebung dieser Barrieren zu erstellen.

(DIE LINKE) 1861 /III

■ **Das Bezirksamt wird ersucht** für das Projekt MÄDEA zeitnah eine gute neue Standortlösung zu finden, die die Weiterarbeit des Projektes garantiert. Dabei soll berücksichtigt werden: Der neue Standort muss im bisherigen Sozialraum gelegen sein, um gewachsene Beziehungen und Netzwerke zu erhalten. Die Räume sollen sowohl einen niederschweligen Zugang ermöglichen als auch Schutzraum darstellen. Der Erhalt der bisherigen Öffnungszeiten sollte möglich und die Vielfalt der Angebote auch in den neuen Räumlichkeiten garantiert sein. (DIE LINKE) 1856 /III

Petra Schrader

Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport

Zukunftsräume brauchen Unterstützung

Soziale Mischung ist wichtig für positive Entwicklung in den Kiezen



Foto: Archiv

Hartmut Häußermann ist einer der profiliertesten Stadtsoziologen im Land

Keine Entwarnung gegen die neusten Untersuchungen im Rahmen des Monitoring Soziale Stadtentwicklung, die Prof. Dr. Hartmut Häußermann am 22. November linken Kommunalpolitikern aus Mitte vorstellte. Der Bekannte Stadtsoziologe beobachtet seit

1999 im Auftrag des Berliner Senats die Entwicklung in Berlin. Zunächst legte das Team um Häußermann alle zwei Jahre einen Bericht vor, seit 2007 jedes Jahr.

Seit Jahren verschärft sich die soziale Spaltung der Stadt. Während sich in den sozial

Sozial gerecht und lebenswert

Bezirksverband Mitte der LINKEN
bestimmte politische Aufgaben

Der Regierungsbezirk zählt zu den sozialen Brennpunkten der Hauptstadt. Er ist zugleich mit beachtlichem kreativen Potential ausgestattet. Diese Kraft will DIE LINKE für ihr soziales Anliegen nutzbar machen. Das Leben der Menschen in unserem Bezirk wird von gravierenden sozialen Veränderungen bestimmt. Das ist Ausgangspunkt für unser politisches Handeln. Was soll unseren Bezirk Mitte prägen?

- Bezahlbarer Wohnraum und bewohnbare, bürgerfreundliche Kieze.
- Kinder- und jugendfreundliche Lebenswelt mit moderner Kinder-, Jugend- und
- Bildungspolitik. Keine sozial diskreditierenden Praktiken.
- Zugang in ein sozial lebenswertes Berufsleben für alle jungen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft.

■ Von Respekt und Toleranz geprägte Migrationspolitik. In den Mittelpunkt gehören Solidarität, das Mit- und Füreinander. Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus haben keinen Platz.

Dieses Programm erfordert gemeinsame Arbeit aller politischen Kräfte, Organisationen wie Einzelpersonen, die an demokratischen Veränderungen im Sinne einer solidarischen Gesellschaft Interesse zeigen.

Deshalb wollen wir unsere Basisorganisationen zu Zentren der Meinungsbildung mit vielen Bürgern entwickeln.

Dazu brauchen wir selbst gute Kenntnisse der Landes- und Kommunalpolitik, der Probleme im Kiez, sowie der Bedingungen der Bundespolitik, die darauf Einfluss haben. Dieses Wissen ist Voraussetzung für überzeugende Argumente und praktische Schritte.

Es muss gelingen, ein politisches Kräfteverhältnis zu erringen, in dem Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Kriegspolitik und Umweltzerstörung, gegen zunehmende Rechtsentwicklung erfolgreich geleistet wird.

Soziale Gerechtigkeit und Frieden im Land und in der Welt müssen Lebensrealität für alle werden.

Heinz Grote

problematischen Stadtteilen die Lage weiter verschlimmert, nimmt in den »besseren« Vierteln der Wohlstand zu. Im fusionierten Gesamtbezirk Mitte gehören Wedding und Moabit zu den Gebieten mit der »größten Problemdichte« – ein Zustand, der seit vielen Jahren nicht verbessert werden konnte. Der Senat hat berlinweit fünf Gebiete identifiziert, in denen sich Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut ballen, sie sollen unter dem Titel »Aktionsräume plus« gezielt gefördert werden. Man sollte diese Stadtgebiete besser als »Zukunftsräume« bezeichnen, so Häußermann, denn hier entscheide sich die Zukunft von ganz Berlin in den kommenden Jahren. Neben Wedding und Moabit gehören Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Spandau-Mitte und Marzahn-Nord sowie Hellersdorf-Nord dazu.

Zentral für eine positive Entwicklung sei eine Durchmischung der Quartiere. Die Entwicklungen der letzten Jahre konnte der Stadtsoziologe selbst vor der Haustüre beobachten. Der gebürtige Schwabe zog Mitte der 1990er Jahre an den Kollwitzplatz – bevor diese Wohnlage »gehypt wurde«, wie er in seinem Vortrag betonte.

Seit die soziale Stadterneuerung vor einigen Jahren eingestellt wurde, seit Sanierungsgebiete aufgehoben wurde, gebe es faktisch nur noch Modernisierung bei Umwandlung in Eigentumswohnungen. Die Tendenz verändere Viertel auf lange Sicht: »Seither geht es vor allem nach dem Markt, jede Sanierung ist verbunden mit einer saftigen Mieterhöhung und hat entsprechende Verdrängungseffekte zur Folge.«

Damit Wedding und Moabit sich positiv entwickeln können, bedarf es weiterer Anstrengungen. »Wenn sie sagen, es ist kein Geld da, aber lösen sie bitte die Probleme, ist das so, als ob man man Tango lernen solle in einer Telefonzelle«, schießt Professor Häußermann.

Christoph Nitz

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.dielinke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

Goethe im Tiergarten

Das Originaldenkmal für den Dichter hat nach jahrelanger Abwesenheit wieder seinen angestammten Platz in gepflegter Umgebung gefunden. Zuvor war das Kunstwerk aus Carraramarmor im Kreuzberger Lapidarium gereinigt und sorgsam restauriert worden. Nach historischen Aufnahmen wurde das umgebende Schmuckgitter rekonstruiert. Die gesamte Skulpturengruppe, geschaffen vom Bildhauer Fritz Schaper, stand schon von 1880 bis 1982 im Tiergarten. Eine noch fehlende Figur soll im nächsten Frühjahr ergänzt werden.

Vielseitiger Nachbarschaftstreff

Das Bezirksamt Mitte strebt für das Haus der Jugend am Nauener Platz in Wedding eine erweiterte und vielseitigere Nutzung an. Ein entsprechendes Konzept sollen bisherige Nutzer und in großer Zahl Anwohner vorbereiten helfen. So könnten auch Senioren- und Bürgervertretungen hier einen günstigen Standort haben. Der Sozialausschuss der Bezirksverordneten hat vorgeschlagen, das Gebäude künftig mit einem Fahrstuhl und behindertengerechten Sanitäranlagen auszustatten.

Kritik an Ausbaurkosten

Claudia Hämmerling, Grünen-Abgeordnete im Stadtparlament, kritisiert die hohen Kosten für Ausbau und Verlängerung der Axel-Springer-Straße. Rund 11,4 Millionen Euro sind vom Senat für 277 Meter Straße (Richtung Leipziger Straße) veranschlagt. Den größten Anteil macht mit 7,5 Millionen Euro der Lärmschutz aus. Die Kosten für den eigentlichen Straßenbau liegen bei 130 Euro je Quadratmeter; dies sei durchschnittlich für eine innerstädtische Straße, sagt Staatssekretärin Maria Krautzberger. Anwohner gibt es hier kaum.

Kauft, Leute, kauft!

Zur Vollendung des seit Jahren hochgejubelten Neubauprojektes am Spittelmarkt entstehen hier zur Zeit sechs elegante Stadthäuser mit etwa 100 Eigentums- und Mietwohnungen. Die Kostenfrage stellt sich nicht. Bauherren investieren 28 Millionen Euro. Knapp 80 Prozent der Wohnungen seien schon verkauft, sagen sie. Eine architektonische Meisterschaft wird von Straßenpassanten bezweifelt. Der Preis bestimmt den Geschmack.

Quellen: Berliner Tageszeitungen

Menschen in Mitte

Bewegter Lebensweg von Jan Markowsky zur Bühne



Foto: Herold

Die »gute Seele« in der Oudenarder Straße 26

Haben Sie schon gewusst, dass in Berlins Mitte eine Theatergruppe Obdachloser und Hartz IV-Empfänger wirkt? Und das mit viel Erfolg, wie die jüngste Premiere des Lustspiels »Solo eines Abwesenden - eingebettet in ollen Kamellen« Mitte November in der Oudenarder Straße 26 wieder zeigte. »Unser Verein für Wohnungslose und sozial ausgegrenzte Menschen, Unter Druck - Kultur von der Straße e.V.« verdankt seine Gründung vor über zehn Jahren der Initiative engagierter Berliner Theatermacher«, erklärt Jan Markowsky, einer der begeisterten Mimen.

Der 61jährige gehört aber vor allem zu den »guten Seelen«, wie er es selbst sieht, des Klubs inmitten des Wedding. »Die Bühnenfachleute mussten wir inzwischen nach der Streichung finanzieller Mittel durch das Bezirksamt hergeben, aber unsere bunte Truppe wird durch das gemeinsame Spiel, die Auftritte und die Erfolge zusammengehalten«. 2010 hatte »Unter Druck« mehr Verpflichtungen als je zuvor: Vorstellungen zum Straßenfest der Partei DIE LINKE. am Leopoldplatz, Aufführungen von »Klage-lied der Habenichtse« und »Lob des Zweifels« auf dem Alexanderplatz, das Spiel »Wir sind da« in der Heilandskirche und Auftritte im Foyer des Zeughauskinos Unter den Linden. »Der große Spaß am Spiel, die regelmäßigen Proben, die Auseinandersetzung mit den Stücken - gibt es eine bessere Therapie

für unsere Situation?«, fragt Jan Markowsky, der auf ein bewegtes Leben zurückblickt.

1949 in Greifswald geboren, wechselte er häufig mit seiner Familie die Wohnorte, kam bis ins Erzgebirge, erlernte in Merseburg den Beruf eines Chemiefacharbeiters, kam in den 70er Jahren nach Berlin. Schon lange vor der »Wende« siedelte er in den Westteil der Stadt um, lernte am eigenen Körper Gelegenheitsarbeiten, Arbeits- und Wohnungslosigkeit kennen. »Man kann alles verlieren«, ist sein Lebensmotto, »aber nicht seinen Stolz und seine Würde«. Und: »Nicht die am Rande der Gesellschaft sind asozial, nein, es sind vielmehr die Reichen, die auf Kosten anderer leben«.

Fast jeden Tag der Woche widmet der stets freundlich lächelnde Mann ehrenamtlich Hilfsbedürftigen. Ob in der Arbeitsgemeinschaft Leben mit Obdachlosen, beim traditionellen Donnerstagfrühstück in der Reinickendorfer Begegnungskirche, in der Weddingener Bürgerplattform oder in seinen Artikeln für die Obdachlosenzeitung »Straßenfeger« - stets hilft er konkret und wirksam. »Am liebsten aber bin ich in unserem Treffpunkt in der Oudenarder Straße«, gesteht er freimütig, sorgt dort für saubere und gut beheizte Klubräume, für das tägliche warme Essen für die Dutzenden Besucher, die hier vor allem in diesen kalten Wintermonaten Zuflucht suchen. Und das besonders hier ist, wie gesagt, das Theaterspielen.

Der große Spaß - gibt es eine bessere Therapie?

»Es tut einfach gut, gebraucht und anerkannt zu werden«, betont Jan Markowsky. Inzwischen hat er schon lange eine eigene Wohnung und versucht mit Hartz IV über die Runden zu kommen. »Reich fühle ich mich beim Helfen und nicht zuletzt auf der Bühne«.

Matthias Herold

Mehr Informationen unter: www.unter-druck.de

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 - 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10-11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82 - 45 65

Gebäude in Mitte

Berlin ist aus dem Kahn erbaut



Foto: Archiv

Ein Schüttguttransporter liegt im Westhafen und wartet auf Ladung

Das Jahr 1906 ist schon bemerkenswert: Im Oktober jenes Jahres »eroberte« in Köpenick der Schuster Voigt als angeblicher Hauptmann das dortige Rathaus und löste damit weltweites Aufsehen (und Spott) aus. Weniger spektakulär verlief im gleichen Jahr der Ankauf eines großen Geländes an der Spree in Moabit durch die Stadt Berlin. Für dieses Gelände gab es bereits seit Jahren Planungsarbeiten für einen Binnenhafen, den Westhafen.

Nach erheblichen Verzögerungen, unter anderem durch den I. Weltkrieg, konnte erst im Herbst 1923 ein erster Teil des Westhafens in Betrieb genommen werden. Bis 1927 erfolgten erhebliche Erweiterungsbauten. Das Gelände des Hafens umfasst 433 000 Quadratmeter. Nach Beseitigung der Kriegsschäden werden bis in die Gegenwart ständig Um- und Neubauten vorgenommen, was von der

stetigen Zunahme des Warenverkehrs von und nach Berlin zeugt. Noch aus der Zeit der Gründung stammen die denkmalgeschützten, mit schwarzbraunen Eisenklinkern verblendeten Gebäude. Der Verwaltungsbau mit seinem 52 Meter hohen Turm, der zehngeschossige Getreidespeicher, der neungeschossige Zollspeicher und die langen einheitlich gestalteten Lagerhallen bieten ein beeindruckendes Ensemble. Historische und

moderne Bauten, obwohl in Anpassung an die jeweilige Erbauungszeit stilistisch unterschiedlich, vermitteln einen imposanten Gesamteindruck. Der Westhafen hat – gemeinsam mit seinem Pendant, dem Osthafen – erheblichen Anteil an der Entstehung Berlins, da trotz der zunehmenden Verlagerung des Warenaustauschs auf Schiene und Straße der Westhafen einen großen Anteil am Umschlag des Güterverkehrs hat, wobei auch heute noch der Transport von Baumaterialien an erster Stelle steht.

Der Hafen ist nach Duisburg der zweitgrößte Binnenhafen Deutschlands. Über ein vor allem in den zwanziger Jahren neu errichtetes bzw. erweitertes Kanalsystem ist der Westhafen mit der Welt verbunden. So bestehen schiffbare Verbindungen zum Beispiel mit Hamburg und dem Ruhrgebiet sowie über den Oder-Spree-Kanal mit Polen.

Denis Ruh

Ein Koffer in Berlin?

Es wäre das Letzte, die Drohungen von Terroristen zu ignorieren. Es gibt leider gewissenlose Fanatiker, die unschuldige Menschen zur Hölle schicken, um selber im Himmel der Märtyrer zu landen. Die muss man am Hamelbein packen! Jeder muss dabei helfen. Aber Hysterie ist teuer und taugt nichts.

Da gehen Pappkartons per Luftfracht an einige Regierungschefs. Auch ans Kanzleramt. Die Wache findet eine Art Silvester-Böller und hält die Evakuierung des Personals für überflüssig. Richtig. Aber die Presse tut so, als wäre ein Königsmord vereitelt. Um den zu verhindern, muss man am Flugplatz nicht nur

Parfümflaschen aus den Handtaschen ziehen, sondern auch Gasflaschen im Frachtraum abklopfen.

Dann schreibt ein Boulevardblatt, dass eine Sechs-Mann-Brigade unterwegs ist, um ein »Blutbad im Reichstag« zu veranstalten. Termin: Ende November. Zwei Gangster sind schon eingereist. Hatten die elektronische Fußfesseln, oder woher weiß man das? Wer hat die geschult, wenn sie Zeit und Ort vorher durchsagen? In Namibia wird ein verdächtiges Köfferchen hochgezogen. Panzerknacker finden ein leeres Etui für Münzsammler als Test in der Woche der Wachsamkeit! Und keiner

Bei anderen gelesen

Kreative Knirpse

Eine Kooperationsvereinbarung zur medienpädagogischen Zusammenarbeit schloss der Kita-eigenbetrieb Kindergarten City mit der Weiterbildungsfirma WeTeK Berlin GmbH ab. Der Umgang mit Medien spielt in der frühkindlichen Bildung eine immer größere Rolle. Die Kids lernen Computer-Technik kennen und werden fit gemacht für die Zukunft. Diese Kooperation ist einmalig in Berlin. Mitte ist der erste Bezirk, der von einer solchen Zusammenarbeit profitiert. »Berliner Woche«, 20.10.2010

Eine Nation verliert ihren Optimismus

Es zeigt sich, dass im Kapitalismus in Reinkultur die Reichen nur so lange immer reicher werden können, wie Menschen vorhanden sind, die ausgebeutet werden können, die Arbeit haben und Steuern zahlen.

»Der Spiegel«, 08.11.2010

Leistung müsse sich lohnen

Die FDP-Politiker betonen immer, Leistung müsse sich lohnen. Sie tun das besonders dann, wenn sie über Hartz IV sprechen. Sie meinen aber sicher – um im heutigen Sprachgebrauch zu bleiben: »Die Leistung der Arbeitnehmer muss sich für den Arbeitgeber lohnen.« So kann man durch ungenaue Wortwahl die Leute täuschen.

»RotFuchs«, Oktober 2010

Ein Weihnachts-Abend

JESUS MACHT NICHT MEHR MIT

Lieder und Geschichten von unten und oben, von Himmel und Erde, die Weihnacht betrachtend
Gina Pietsch (voc), Dietmar Ungerank (git)

Sonntag, 19. Dezember um 16Uhr
Rosa-Luxemburg-Saal
des Karl-Liebnecht-Hauses

weiß davon? Unser Innensenator möchte nicht fehlen, wenn das Vaterland in Gefahr ist. Er rät, die Nachbarn zu beobachten: Wer da mit fremdartigen Aussehen und Sprechen nur in der Bude hockt... Davon gibt es ein Dutzend in meinem Haus. Alles brave Bürger. Körting hat die Übertreibung eingesehen.

Nun sagen manche: besser übertreiben als untertreiben! Das riecht nach der Kaiserlösung: »Viel Feind – viel Ehr!« Datenspeicherung verlängern! Geheimdienste aufstocken! Bundeswehr im Inland einsetzen!

Wenn es dann wirklich knallt, winkt das Bundesverdienstkreuz. Wenn nicht, war es eine tolle Werbung für mehr Nacktscanner! Ein kühler Kopf ersetzt die Kugelweste.

Frank Freier

Primär Frau Bärbels Secondhandladen

Spazierend durch unseren Bezirk



Foto: Archiv

Unterwegs im Bezirk

Neulich suchte ich eine Bekannte, doch der Laden war weg. Gefunden habe ich sie dann in einem älteren Weddingener Neubau an der Seestraße 55, Ecke Turiner Straße, wo die Straßenbahn 13 vorbeizischt, ganz nahe der U-Bahnlinie 8. In dieser Gegend gibt es viele, auch obskure Gebraucht- und Trödeläden. Frau Bärbel, meine Bekannte, hingegen betreibt fürs Rote Kreuz ein Se-

condhand-Geschäft mit gepflegter Ware aus zweiter Hand. Den neuen Laden hat sie wieder einmal mit altmodischer Gemütlichkeit hergerichtet. Fast jahrganglos und gertenschlank - sie verkörpert mit rauchiger Stimme und erfahrungreich eigenwillig ihre Lebensphilosophie. Schwarz gekleidet lenkt sie sorgsam, den Kaffeebecher in der Hand, das nach Farben sortierte Kleidungsparadies nebst feinsten Accessoires, Spielwaren, Büchern, Briefmarken- und Modellautos sowie edlen Pelzkragen. Auch dank exzentrischer Modenschauen hat sie seit über zehn Jahren, eingangs in Mittes Sophienstraße, Menschen wie mich erobert, die ihr die Treue halten. Stets erteilt

sie nicht nur modischen Rat, sondern bietet zudem Lebenshilfe für eine Kundschaft, zu der Studentinnen wie ältere Frauen und Männer aus dem Wohnumfeld gehören, die oft Türkisch, Arabisch, Russisch oder afrikanische Dialekte sprechen. Letztens sah ich ein zartes Mädchen mit Migrationshintergrund, das seinen Euro behalten und glücklich die neuen Turnschuhe einpacken durfte. Bei Frau Bärbel regelt Armut mit und ohne Berlin-Pass manchen Preis, das eingenommene Geld fließt in die ehrenamtliche Arbeit des DRK-Kreisverbandes. Frau Bärbel liegen besonders die Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche am Herzen. Sie meint, ich könnte Rot Kreuz-Mitglied werden und unter www.DRK-secondhand.de das Wichtigste dazu erfahren.

Irene Runge

Firlefanz und Glühwein Charivari

Ein buntes Allerlei mit Marionetten, Geschichten und Musik

Gestaltet von Harald Preuß, Gerd Gleß und Siegfried Wein

Termine der Vorstellungen:

17., 18., 19., 21., 22. Dezember
um 20.00 Uhr

und am 20. Dezember um 16.00 Uhr
Eintritt: 14 €

Ort: Preußische Marionettenoper Berlin,
10178 Berlin-Mitte, Sophienstraße 10
Telefon: 030 2833560

OSTarbeiter für 12 Euro – Stehplatz inbegriffen

Dokumentartheater in der Berliner Unterwelt

Nein, Sarkasmus beschreibt nicht das mich bestimmende Gefühl nach dem Besuch der »Ostarbeiter«, einer Inszenierung des »dokumentartheaters berlin«. Was dort in der Regie von Marina Schubarth, auf die Bühne gebracht – genauer: was in den Berliner Bunker verlegt – wurde, entspricht einer frühen Theatertradition, die Piscator in der Weimarer Republik zu bekannten Höhen geführt hat. Streitbar, direkt, emotional - aber auch plakativ. Agitprop!

Das Thema rangiert auch heute noch zwischen Verdrängen und Vergessen: Zwangsarbeiterschicksale in Deutschland. Soja Kriwitsch und Leonid Sitko erzählen uns, stellvertretend für 2,5 Millionen Menschen aus den von den Nazis besetzten Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, ihre Geschichte –

von der Verschleppung aus der Ukraine nach Deutschland bis zum Gulag.

Die »Ostarbeiter« als Erinnerungstheater abzutun, wäre zu einfach. So wurden die Macher nach einer Aufführung in Kiew von Zeitzeugen gefragt, wie sie zulassen könnten, dass in Deutschland Faschismus erneut zum Thema wird. Das Stück ist mehr als eine Wiedergutmachungsreplik.

Da kommt Scham auf über die skandalöse Verzögerungstaktik der Bundesregierung bei der Auszahlung der Entschädigungen, der Regierung, die zugleich Milliarden zur Rettung der Banken rauswirft – an der Spitze die Kanzlerin, die sich zeitgleich neben George W. Bush, einem anerkannten Kriegstreiber, die »Medal of Freedom« anheften lassen wird.

Der Zuschauer wird mitgenommen in das Leben als »Ostarbeiter«, in einzelne Bunkerräume geführt, jeder eine markante Station

für Zwangsarbeiter mit aufgesagten Texten, Kommandogebell uniformierter Schergen, Ohrwurmliedern – in Russisch, Ukrainisch, dazwischen Kriegsdonner – zuletzt die ruhmreiche Rote Armee, die ihre befreiten Landsleute deportiert...

»Geschichte zum Anfassen«, höre ich sachkundig ein Mädchen seinem Freund zuflüstern. »Das ist nix zum Anfassen, das würden die sich sehr verbitten!« seine Antwort.

Emotionalisierte Nachdenklichkeit? Das Publikum ist jung, mit Migrationshintergrund zu meist, an einem Freitagabend mag man keinen durch Schule erzwungenen Besuch unterstellen. Die Schauspieler, verrät die Regisseurin, eine Mischung aus Laien und Profis. Ein Theaterexperiment, das gerade durch Unvollkommenheit und das Herzblut der Darsteller an das Agitproptheater Piscators erinnert – zugleich eine gelungene Symbiose des »dokumentartheaters berlin« und der »Unterwelten Berlin e.V.«

Für Interessierte: Wegen der Kälte in den Bunkerkellern wird während der Wintermonate nicht gespielt und – Kartenvorbestellung empfohlen.

Verena Werthmüller

Auf ein Wort Frau Senatorin!

Der Winter kommt mit großen Schritten: Angebote für Wohnungslose

Seit dem 1. November hat die Kältehilfe mit Angeboten wieder geöffnet

Die Zahl der Übernachtungen in Notunterkünften ist im vergangenen Winter gestiegen. Die Einführung von Hartz IV, die Verknappung des günstigen Wohnraums innerhalb der Stadt und die dadurch verschärfte Lage auf dem Wohnungsmarkt – all das sind Faktoren, die dazu führen, dass immer mehr Menschen ohne feste Wohnung leben müssen. Dieses Problem besteht zwar nicht nur während der kalten Jahreszeit – und wir versuchen ganzjährig, Lösungen für Betroffene zu finden –, aber in der kalten Jahreszeit verschärft sich das Problem. Die Einrichtungen in der Stadt sind gemeinsam mit Senat und den Bezirken darauf vorbereitet, überall wo nötig Hilfe zu leisten. Wie schon im vergangenen, so stehen auch in diesem Winter täglich wieder 300 bis 400 Übernachtungsplätze in

Notübernachtungen und Nachtcafés zur Verfügung. Hinzu kommen Wärmestuben, Suppenküchen, ärztliche Versorgung und verschiedene weitere Anlaufstellen. Über 90 Kirchengemeinden und Einrichtungen von Caritas, Diakonie, DRK und anderen Wohlfahrtsverbänden sind im gesamten Stadtgebiet in das Hilfenetz eingebunden. Zusätzlich werden im kommenden Winter zwei Kältebusse fahren: Die Berliner Kältemission ist seit vielen Jahren mit ihrem Bus zwischen 21.00 und 03.00 Uhr unterwegs und auch das DRK wird in diesem Winter einen Bus anbieten. Beide Busse fahren bei Bedarf Menschen, die dies wünschen, in Notübernachtungen mit freien Plätzen und verteilen Decken und heiße Getränke an Wohnungslose.

Wir sind zuversichtlich, dass das Angebot unter normalen winterlichen Bedingungen

ausreichend sein wird. Sollte der Winter so kalt werden wie der vergangene, werden wir mit unserer Senatsverwaltung den Bezirken, die eigentlich für die Hilfsprogramme verantwortlich sind, unter die Arme greifen. Gemeinsam werden wir schnell Lösungen finden, um Übernachtungsplätze zu schaffen. Dies hat auch im letzten Winter sehr gut funktioniert. Dort konnten wir das Angebot sehr kurzfristig ausbauen. Darüber hinaus können wir alle dafür sorgen, dass Betroffene, denen wir begeg-

nen, von den Hilfsangeboten erfahren.

Informationen gibt es unter: www.kaeltebus.de und www.kaeltehilfe-berlin.de.

Carola Bluhm

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Vielfalt und Unterschiedlichkeit in den Unternehmen

Landesgleichstellungsgesetz wurde geändert

Bei der 72. Plenarsitzung am 11. November wurde neben den zentralen Themen (wie die Offenlegung der Verträge mit den Berliner Wasserbetrieben, Verabschiedung des Straßenreinigungsgesetzes und Neustrukturierung der Berliner Job-Center im Rahmen des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches) die Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes verabschiedet.

Mit der Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes werden die Chancen von Frauen auf Führungspositionen in der Wirtschaft verbessert, die ja in enger Verbindung mit dem Berliner Vergabegesetz gesehen werden soll.

Die Änderung regelt, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge ab 25.000 Euro künftig an Frauenförder- und Vereinbarkeitskriterien gebunden wird. Ausgenommen sind lediglich Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten und Aufträge der Baubranche unter 200.000 Euro. Damit wird der Vielfalt und Unterschiedlichkeit in den Unternehmen Rechnung getragen.

Um Spitzenpositionen zu besetzen, werden die Vorschriften für die Ausschreibung und Besetzung klarer definiert. Auch in den Unternehmen des Landes, die sich in privater

Rechtsform befinden, müssen die für Personalfindung Verantwortlichen nachweisbar nach geeigneten Frauen suchen. Geplante Besetzungen von Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen müssen öffentlich bekannt gemacht werden. Die Frauenvertreterinnen haben das Recht, an den Verfahren mitzuwirken.

Die Berücksichtigung von Frauen in diesen Auswahlverfahren wird dokumentiert und das Abgeordnetenhaus über die Ergebnisse unterrichtet. Das schafft die notwendige Transparenz. Bei der Besetzung ausschlaggebend bleibt die fachliche und persönliche Eignung. Zur Verwirklichung des Gleichstellungsgebotes gemäß Verfassung gilt bei Wahrung der Einzelfallgerechtigkeit selbstverständlich die Quote. Rot-Rot steht in Berlin dafür, dass Frauen- und Wirtschaftspolitik gemeinsam daran arbeiten, mehr Frauen in Führungsetagen zu bringen.

Kadiye Karci

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus



Politische Bildung

10.12.2010, 13:00 Uhr bis 11.12.2010, 16:30 Uhr Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Die UNO und das Völkerrecht in den internationalen Beziehungen

3. außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mit Johannes M. Becker, Gerhard Stuby, Karima Bennoune, Wladimir Jewsejew, Thomas Bruha, Jan van Aken, Paul Schäfer, Werner Ruf u.v.a.

13.12.2010, 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

Berlin: Werkstatt der Einheit?

Kritisch-bilanzierendes Nachdenken über den Weg und die Langzeitergebnisse der deutsch-deutschen Vereinigung in der einst geteilten deutschen Hauptstadt Berlin

Mit Hans Modrow, Peter-Rudolf Zotl, Klaus Steinitz, Uwe Doering, Wolfram Adolphi

Das ist das Letzte

Die Grünen gaben im Postmuseum ihr längst durchgesagtes Telegramm auf: Küni jagt Wowi! Die Umfragen erzeugen einen Höhenrausch. Die Zugluft aus Stuttgart, die Heißluft aus den Castor-Containern, der Dividenden-Wirbel der Kernkraftwerke, die Wut über Berliner Wasserpreise, Fluglärm und Autobahnpläne alles Rückenwind für Grüne! Vor allem, wenn deren Wortführern der eigene Schuldanteil entfallen ist und die Fernsehkameras zum Reisegepäck gehören. Denn: was nicht im Fernsehen erscheint, hat nicht stattgefunden! Würden die Chefredakteure für demokratische Ausgewogenheit sorgen, müsste die Linke, in den tonangebenden Blättern viel mehr Platz haben. Und nicht nur mit Gruselmeldungen. Aber Stimmung und Stimmen sind zweierlei. Und zehn Monate Wahlkampf können manchen Rausch verfliegen lassen, wenn das Gedächtnis der Wähler funktioniert. Denn Grün ist mit Joschka Fischers Marschbefehl längst Olivgrün geworden. Trittin hat früher als Umweltminister den Castor-Fahrplan gesichert. Frau Künast hat als Ministerin für Verbraucherschutz nicht verhindert, dass immer mehr Nahrungsmittel zur Sterbehilfe werden. Also, auch bei denen geht Macht vor Moral! Drum werden sie auch von der CDU umarmt. Frau Künast erklärt nun, dass Wowereits »arm, aber sexy« zu wenig ist für Berlin. Stimmt! Aber wer den Maulkorb der Profiteure so verständnisvoll lockern hilft, wie die Grünen, der macht Berlin noch ärmer. Und wer, wie Frau Künast, nun als Wadenbeißerin auffällt, wird auch den Sex noch austreiben. Die personifizierte Polarisierung Küni gegen Wowi könnte aber wie zwei Mühlsteine die Linke zerreiben, obwohl beide Kandidaten nicht die kompetenten Senatoren und handfesten Ziele für das Wohl der Stadt aufwiegen. Die zählen aber nur, wenn wir sie konkret, fasslich und medienwirksam in alle Köpfe tragen!

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 19.11.2010

Ausgabetag für Nr. 1/11 - 13.1.2010

mittendrin · 12 / 2010

Belagerung umgelenkt

Zeichen gegen unsoziale Sparpolitik



Foto: Archiv

Die »peaceful streetfighters« unterwegs

Am 26. November trafen wir uns am Platz des 18. März, mit der Erwartung, den Bundestag zu belagern und der Regierung die rote Karte für ihr Sparpaket zu zeigen. Viele SchülerInnen und StudentInnen beteiligten sich an der Demonstration.

Mich als Studenten verwunderte, dass für Banken und Stromkonzerne Geld da ist, aber keinerlei Erhöhung der Investitionen in Bildung im Haushalt festgelegt wurde. Daher wollte ich meine Stimme gegen die Politik der schwarz-gelben Regierung erheben.

Aufgrund der aktuellen, vom Innenminister verschärften, Sicherheitsvorkehrungen wurde die geplante Demonstrationsroute am Reichstag entlang verboten und ein Protestmarsch nur auf der Straße des 17. Juni erlaubt. Rund um das Brandenburger Tor wurden Absperrungen errichtet, die man als normaler Bürger nicht passieren durfte. Wenige gutsituierte Bürger schienen dagegen eine Sondergenehmigung zu haben.

Die Jugendlichen versuchten sich einen Weg durch den Tiergarten zu bahnen, um das Reichstagsgebäude doch noch zu erreichen. Sie wurden aber von einem großen Polizei-

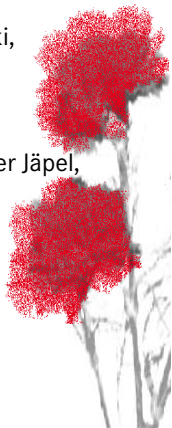
aufgebot aufgehalten. Viele Demonstranten verließen die offizielle Route. Mit einer friedlichen Blockade der CDU-Zentrale endete der Protestzug. Leider ging die Polizei massiv dagegen vor.

Alles in allem setzten wir ein Zeichen gegen die unsoziale Sparpolitik der Bundesregierung. Um diese Politik zukünftig zu verhindern, benötigen wir wesentlich mehr Unterstützung aus allen Teilen der Bevölkerung.

Thomas Strenger

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- Zum 94.** Ursula Iwohn
- zum 90.** Eveline Lüders
- zum 89.** Margarete Marggraf, Luzie Rosenberg
- zum 88.** Anneliese Goetz
- zum 86.** Marianne Berge
- zum 85.** Werner Hötling, Lieselotte Schulz, Anneliese Wilcke, Hans-Ullrich Wolff
- zum 83.** Anneliese Gunkel
- zum 82.** Ingeburg Ciesielski, Wilhelm Schmidt, Arthur Schultz, Gerald Wagner
- zum 81.** Edith Große, Holger Jäpel, Ingelinde Kliche, Lothar Rohland, Peter Thielmann
- zum 80.** Jürgen Gruner, Kurt Krambach, Gerhard Rohde, Klaus Wöllner
- zum 75.** Sepp Müller
- zum 70.** Arno Lange, Friedemann Spangenberg



Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 24 009 - 33 6
Fax: 030 / 24 009 - 33 7
können Sie Montag bis Mittwoch in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr, Donnerstag bis 19.00 Uhr und Freitag bis 14.30 Uhr erreichen.